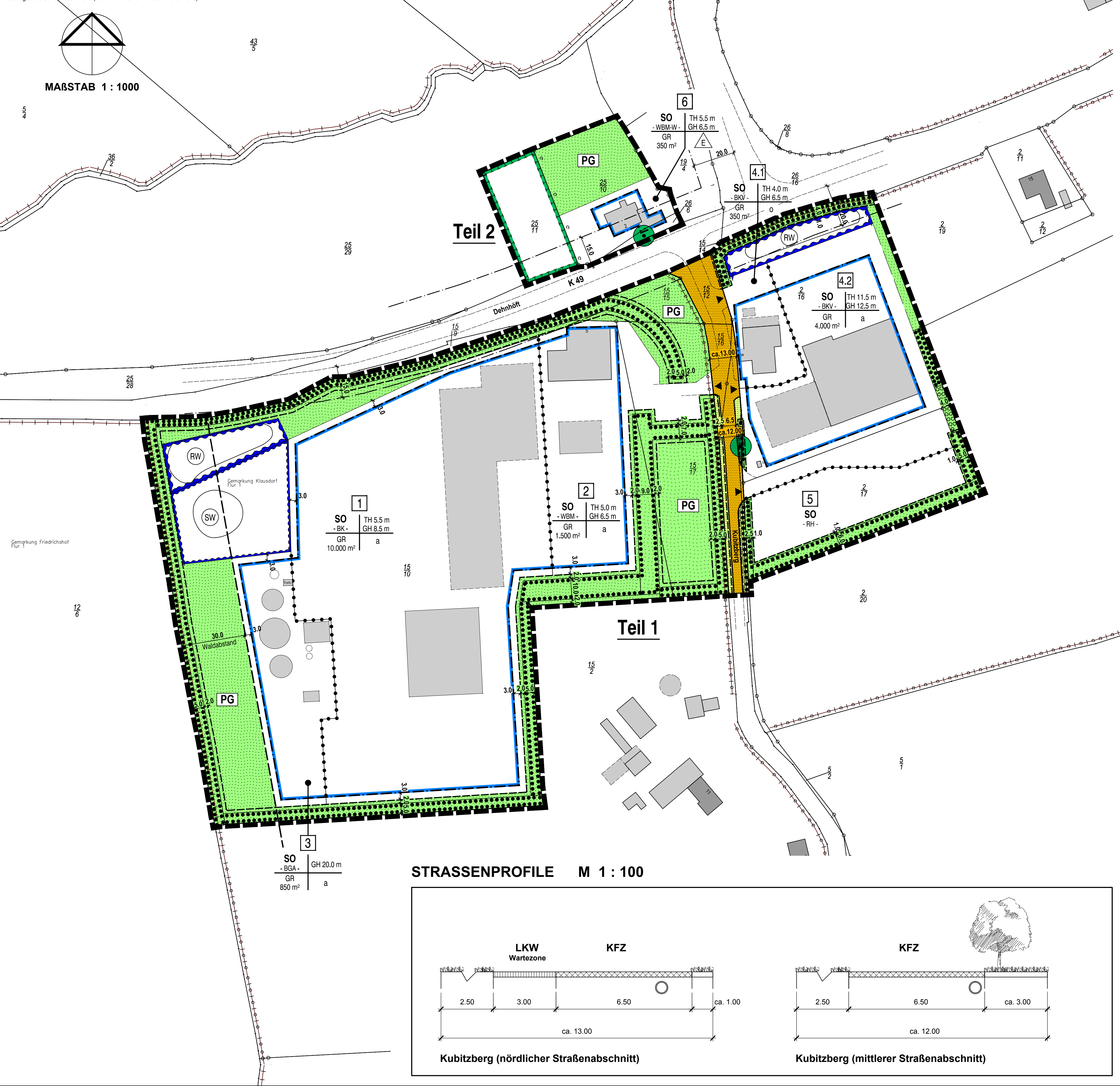


# SATZUNG DER GEMEINDE ALTENHOLZ, KREIS RENDSBURG-ECKERNFÖRDE, ÜBER DEN BEBAUUNGSPLAN NR. 38 FÜR DAS GEBIET "ABFALLWIRTSCHAFTSHOF"

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie nach § 84 der Landesbauordnung (LBO) für Schleswig - Holstein jeweils in der z. Zt. gültigen Fassung, wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung der Gemeinde Altenholz vom 10. Dezember 2014 folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 38 für das Gebiet "Abfallwirtschaftshof", bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), erlassen:

## TEIL A - PLANZEICHNUNG

Es gilt die BauNVO vom 23. Januar 1990  
zuletzt geändert ab 11. Juni 2013 (BGBl. Nr. 29 vom 20.09.2013 S. 1348)



## TEIL B - TEXT

### Planungsrechtliche Festsetzungen

§ 9 BauGB, BauNVO

#### 1) Art und Maß der baulichen Nutzung

§ 9 (1) BauGB

1.1. Das sonstige Sondergebiet 'Abfallwirtschaftsbetrieb' mit der Zweckbestimmung 'Biotompostierung' (Teilgebiet 1) dient der Unterbringung einer Anlage zur Rückgewinnung und Wiederverwertung von organischen Abfällen aus Garten und Haushaltsmüll sowie weiterer dem Betrieb der Biotompostierung dienender Einrichtungen.

Zulässig sind Anlagen und Einrichtungen für den Betrieb einer Biotompostieranlage einschließlich der für den Betrieb erforderlichen Be- und Entladebereiche, dieses sind insbesondere offene und überdachte Flächen

a) zur Anlieferung, Vorratierung und Aufbereitung der Bioabfälle für die weitere Verarbeitung,

b) zur Anlage und Abseleung von Kompostmaterial,

c) zur Weiterverwertung des fertigen Kompostsubstrates und zur Lagerung der hierfür erforderlichen Zuschlagstoffe sowie

d) für Anlagen zur Vermischung von Gärungsmissionen.

Ausnahmsweise können weitere Einrichtungen und Nutzungen zugelassen werden, sofern diese dem Betrieb der Biotompostierung dienen und die allgemeine Zweckbestimmung dieses sonstigen Sondergebietes gewahrt bleibt.

1.2. Das sonstige Sondergebiet 'Abfallwirtschaftsbetrieb' mit der Zweckbestimmung 'Werkstatt für behinderte Menschen' (Teilgebiet 2) dient der Unterbringung einer Werkstatt für behinderte Menschen (WfM) sowie weiterer dem Betrieb einer WfM dienender Einrichtungen.

Zulässig sind dem Betrieb der WfM dienende Einrichtungen und Nutzungen, dieses sind insbesondere

a) Montageplätze für überwiegend sitzende Tätigkeiten,

b) eine Waschküche,

c) offene und überdachte Flächen zur Kamrholzrocknung

d) zugehörige Sozial- und Sanitärräume sowie

e) Aufenthaltsräume für Betreuungspersonen.

Ausnahmsweise können weitere Einrichtungen und Nutzungen zugelassen werden, sofern diese dem Betrieb der Biotompostierung dienen und die allgemeine Zweckbestimmung dieses sonstigen Sondergebietes gewahrt bleibt.

1.3. Das sonstige Sondergebiet 'Abfallwirtschaftsbetrieb' mit der Zweckbestimmung 'Biotompostierung' (Teilgebiet 3) dient der Unterbringung einer Biotompostierung zur Gewinnung und Nutzung der in den nassen Bioabfällen der Biotompostierung vorhandenen Energie.

Zulässig sind dem Betrieb der Biotompostierung dienende Einrichtungen, sofern nur Abfälle mit einer Durchsatzleistung von 10 Tonnen bis weniger als 50 Tonnen je Tag biologisch behandelt werden

Zulässig sind Anlagen und Nutzungen

a) zur Lagerung und Aufbereitung der Ausgangsprodukte,

b) zur Erzeugung, Aufbereitung, Lagerung und Übergabe des Biogases,

c) zur eigenen Nutzung, Speicherung und Verwertung der erzeugten Energie insbesondere durch ein Blockheizkraftwerk und einen Biogaspeichers sowie

d) zur Lagerung anderer prozessbedingter End- und Abfallprodukte

Ausnahmsweise können weitere Einrichtungen und Nutzungen zugelassen werden, sofern diese dem Betrieb der Biotompostierung dienen und die allgemeine Zweckbestimmung dieses sonstigen Sondergebietes gewahrt bleibt.

1.4. Das sonstige Sondergebiet 'Abfallwirtschaftsbetrieb' mit der Zweckbestimmung 'Biotompostierung' (Teilgebiete 4 und 4.2) dient der Unterbringung von Gebäuden und Anlagen zur Verpackung, Lagerung und Verladung des Biokompostes sowie weiterer dem Vertrieb des Biokompostes dienender Einrichtungen.

Zulässig sind

a) im Teilgebiet 4.2 eine frostfreie Halle zum Abpacken des Biokompostsubstrates und zur Lagerung der Palettenware,

b) im Teilgebiet 4.2 überdachte Lagerflächen,

c) in beiden Teilgebieten Verwaltungsgebäude mit den erforderlichen Büro- und Sanitärräumen sowie

d) im Teilgebiet 4.1 ein Ausstellingsgebäude mit Kleinverkauf der in der Biotompostierung oder der WfM erzeugten Produkte für den Einzelhandel mit einer Verkaufsfläche von maximal 200 m². Ausnahmsweise kann die Verkaufsfläche für den Einzelhandel mit weiteren Produkten des Garten- und Landschaftsbereiches genutzt werden, sofern diese auf 40% der Verkaufsfläche beschränkt werden.

Ausnahmsweise können weitere Einrichtungen zugelassen werden, sofern diese dem Betrieb der Biotompostierung oder der WfM dienen und die allgemeine Zweckbestimmung dieses sonstigen Sondergebietes gewahrt bleibt.

1.5. Das sonstige Sondergebiet 'Abfallwirtschaftsbetrieb' mit der Zweckbestimmung 'Recyclinghof' (Teilgebiet 5) dient als Aufstellfläche für mobile Container und Sammelanlagen zur stationären Annahme und Zwischenlagerung von Abfällen.

Zulässig sind

a) die Aufstellung von Containern und Anlagen zum Sortieren und Sammeln von Wertstoffen und Abfällen,

b) die Einrichtung einer Schadstoffammelstelle sowie

c) die Containersaufstellung zur Nutzung als Büro und Pausenraum, als Umkleieraum und zur Sanitätsnutzung für Beschäftigte des Recyclinghofes.

Ausnahmsweise können weitere Nutzungen zugelassen werden, sofern diese dem Biotompostierbetrieb oder der WfM dienen und die allgemeine Zweckbestimmung dieses sonstigen Sondergebietes gewahrt bleibt.

1.6. Das sonstige Sondergebiet 'Abfallwirtschaftsbetrieb' mit der Zweckbestimmung 'WfM-Wohnheim' (Teilgebiet 6) dient ausschließlich dem Wohnen und der Betreuung der Bewohner und Bewohnerinnen.

Zulässig sind

a) bis zu acht Wohnungen für Beschäftigte der Werkstatt für Behinderte sowie

b) Aufenthaltsräume für Betreuungspersonen.

1.7. In den Teilgebieten 1, 2, 3, 4, 1, 4, 2 und 6 gilt die festgesetzte maximal überbaubare Grundfläche in den vorgegebenen Bauteilen für die Summe der baulichen Anlagen. Im Teilgebiet 5 sind bauliche Anlagen außer Anlagen nach § 19 (4) Satz 1 BauNVO nicht zulässig.

1.8. In den Teilgebieten 1, 2, 4, 1 und 4, 2 darf gemäß § 19 Abs. 4 Satz 3 BauNVO die maximal zulässige Grundfläche durch die Grundflächen der Anlagen nach § 19 Abs. 4 Satz 1 BauNVO bis zu einer maximalen Grundflächenzahl von 1,0 überschritten werden.

1.9. Im Teilgebiet 3 darf gemäß § 19 Abs. 4 Satz 3 BauNVO die maximal zulässige Grundfläche durch die Grundflächen der Anlagen nach § 19 Abs. 4 Satz 1 BauNVO nicht überschritten werden.

1.10. Im Teilgebiet 5 darf die Grundfläche gemäß § 19 Abs. 4 Satz 3 BauNVO durch Anlagen nach § 19 Abs. 4 Satz 1 BauNVO vollständig überbaut werden.

1.11. Im Teilgebiet 6 darf die zulässige Grundfläche gemäß § 19 Abs. 4 Satz 2 BauNVO durch die Grundflächen der Anlagen nach § 19 Abs. 4 Satz 1 BauNVO bis zu 50% überschritten werden. Basis für die Ermittlung der zulässigen Überschreitung ist der in der Planzeichnung festgesetzte Wert für die maximal überbaubare Grundfläche.

2) Bauweise

§ 9 (1) 2 BauGB

2.1. In den Teilgebieten 4, 1 und 6 wird eine offene Bauweise gemäß § 22 Abs. 2 BauNVO festgesetzt.

2.2. In den Teilgebieten 1, 2, 3 und 4, 2 wird eine abweichende Bauweise gemäß § 22 Abs. 4 BauNVO festgesetzt. Innerhalb der festgesetzten überbaubaren Fläche dürfen Gebäude auch mit Gebäudelängen über 50 m errichtet werden.

3) Von der Bebauung freizuhaltende Flächen

§ 9 (1) 10 BauGB

Im Zulassungsbereich von Teilgebiet 6 in die Kreisstraße ist aus den Gründen der Verkehrssicherstellung erforderliche Sichtdreiecke freizuhalten. Bauliche Nutzungen jeglicher Art sind hier unzulässig sowie Anpflanzungen und Einfriedungen nur bis zu einer Höhe von maximal 0,70 m über der Oberkante der angrenzenden Fahrbahn zulässig.

4) Höhe der baulichen Anlagen

§ 9 (3) BauGB, §§ 18 und 19 BauNVO

4.1. Im gesamten Plangebiet darf die Oberkante des Erdgeschossfertigungsbodens (Sockelhöhe) der Hauptgebäude eine maximale Höhe von 0,50 m über dem höchsten Punkt der im Baufeld vorhandenen Geländehöhe nicht überschreiten.

4.2. Die maximal zulässigen Gebäude- und Traufhöhen der Hauptgebäude sind auf die tatsächliche Höhe des Erdgeschossfertigungsbodens bezogen, gemessen von der Oberkante. Das zulässige Maß der Höhen beträgt:

a) in dem Teilgebiet 1 für die Traufhöhe 5,0 m und für die Gebäudehöhe 6,5 m,

b) in dem Teilgebiet 2 für die Traufhöhe 5,0 m und für die Gebäudehöhe 6,5 m,

c) in dem Teilgebiet 3 für die Höhe der baulichen Anlagen 20,0 m,

d) in dem Teilgebiet 4 für die Traufhöhe 4,0 m und für die Gebäudehöhe 6,5 m,

e) in dem Teilgebiet 4, 2 für die Traufhöhe 11,5 m und für die Gebäudehöhe 12,5 m, wobei ein bis zu 3,5 m breiter und 22,5 m tiefer als Oberkante ausgeteilter Dachbau im Bereich der Firstlinie um bis zu 1,5 m darüber hinaus ragen darf sowie

f) in dem Teilgebiet 6 für die Traufhöhe 5,50 m und für die Gebäudehöhe 6,50 m.

Als Traufhöhe gilt der Schnittpunkt zwischen der äußeren Dachhaut und der äußeren Begrenzung der Außenwand.

4.3. Untergeordnete Bauteile (z.B. Lüftungsschirme, technische Anlagen) und Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energie dürfen die festgesetzten Gebäudehöhen um maximal 2,00 m sowie Abgasschirme um maximal 3,00 m überschreiten.

5) Nebenanlagen, Garagen und Stellplätze

§ 9 (1) 4 und 22 BauGB, § 29 (3) BauNVO

5.1. Offene Stellplätze, Garagen und überdachte Stellplätze sind nur innerhalb der sonstigen Sondergebiete zulässig.

5.2. In den festgesetzten sonstigen Sondergebieten sind Nebenanlagen im Sinne des § 14 Abs. 2 BauNVO, die der Ableitung von Abwasser (Regenrückhaltebecken) dienen, auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen allgemein zulässig.

6) Grünordnerische Festsetzungen

§ 9 (1) 15, 20, 25 a und b BauGB

6.1. Die in der Planzeichnung sind zu erhalten festgesetzten Knickabschnitte sind dauerhaft zu erhalten.

Lückige Knickabschnitte sind mit folgenden zwei- bis dreijährigen Gehölzen in 1 m Pflanzabstand zweireihig zu bepflanzen (DN 18916): Hasel (Corylus avellana), Schlehe (Prunus spinosa), Eingrifflicher Weibdom (Crataegus monogyna), Hainbuche (Carpinus betulus), Feld-Ahorn (Acer campestre).

Im Abstand von ca. 15 m ist unter Berücksichtigung der vorhandenen Bäume je einer der folgenden großblättrigen Laubbäume (SU 14116) zu pflanzen (DN 18916): Stiel-Eiche (Quercus robur), Hainbuche (Carpinus betulus), Rotbuche (Fagus sylvatica).

Bei Abgang der Gehölze sind gleichwertige Ersatzpflanzungen vorzunehmen.

6.2. Der in der Planzeichnung im südöstlichen Plangebiet am geplanten Recyclinghof als anzupflanzende festgesetzte Knickabschnitt ist in der unter 7.1 festgesetzten Qualität anzupflanzern, dauerhaft zu erhalten und bei Abgang gleichwertig zu ersetzen.

6.3. Innerhalb der entlang der Knickabschnitte verlaufenden privaten Grünflächen (Knickschutzstreifen) sind Nebenanlagen sowie eine Nutzung als Lagerfläche unzulässig.

6.4. Die für die Eingriffe in Natur und Landschaft erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen gemäß § 18 i.V.m. § 21 BNatSchG befinden sich innerhalb des Geltungsbereiches dieser Planung auf dem Flurstück 2911 (Flur 1, Gemarkung Klausdorf, Gemeinde Altenholz).

Zur Abschmürung ist im Randbereich der Ausgleichsfläche an allen vier Seiten im Abstand von ca. 15 m je eine Stiel-Eiche (Quercus robur, SU 18116) zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Zwischen den Bäumen sind folgende zwei- bis dreijährige Gehölze mit Pflanzabstand von 1 m zweireihig zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten (DN 18916): Hasel (Corylus avellana), Schlehe (Prunus spinosa), Eingrifflicher Weibdom (Crataegus monogyna), Hainbuche (Carpinus betulus), Feld-Ahorn (Acer campestre). Die Fläche ist der Sukzession zu überlassen.

Im Zentrum der Ausgleichsfläche sind drei Stiel-Eichen (Quercus robur, SU 14116) zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten.

Bei Abgang der Gehölze sind gleichwertige Ersatzpflanzungen vorzunehmen.

6.5. Weiters für die Eingriffe in Natur und Landschaft erforderliche zugeordnete Ausgleichsmaßnahme gemäß § 18 i.V.m. § 21 BNatSchG werden über das Okzident der Gemeinde Altenholz verbucht.

6.6. Die private Grünfläche westlich der Biogasanlage ist der Sukzession zu überlassen. Eine Pflegeemalld / Jahr ist zulässig.

7) Boden- und Grundwassererschütz

§ 9 (1) 24 BauGB

7.1. Innerhalb des Teilgebietes 1 sind die Flächen, von denen durch die Anlieferung, Aufbereitung, Lagerung und Kompostierung von organischen Materialien, eine mögliche Gefährdung für das Grundwasser ausgehen könnte, gegenüber den darunter liegenden Schichten so abzutrennen, dass eine Kontamination des Grundwassers verhindert wird.

7.2. Das auf den unter 7.1 genannten Flächen anfallende Sickerwasser ist so abzutrennen, dass eine Kontamination des Grundwassers verhindert wird.

8) Lärmschutz

§ 9 (1) 24 BauGB

8.1. Im Teilgebiet 6 sind zum Schutz vor Außenlärm Wohnräume mit passivem Schallschutz zu versehen. Der passive Schallschutz muss mindestens den Anforderungen im Lärmgebietsbereich IV gemäß DIN 4109 entsprechen. Außenbauteile von Aufenthaltsräumen in Wohnungen müssen ein erforderliches resultierendes Schalldämm-Maß von R<sub>w</sub>ies 24 dB besitzen.

8.2. Das erforderliche resultierende Schalldämmmaß ist durch alle Umfassungsbauteile eines schutzbedürftigen Raumes gemeinsam zu erbringen.

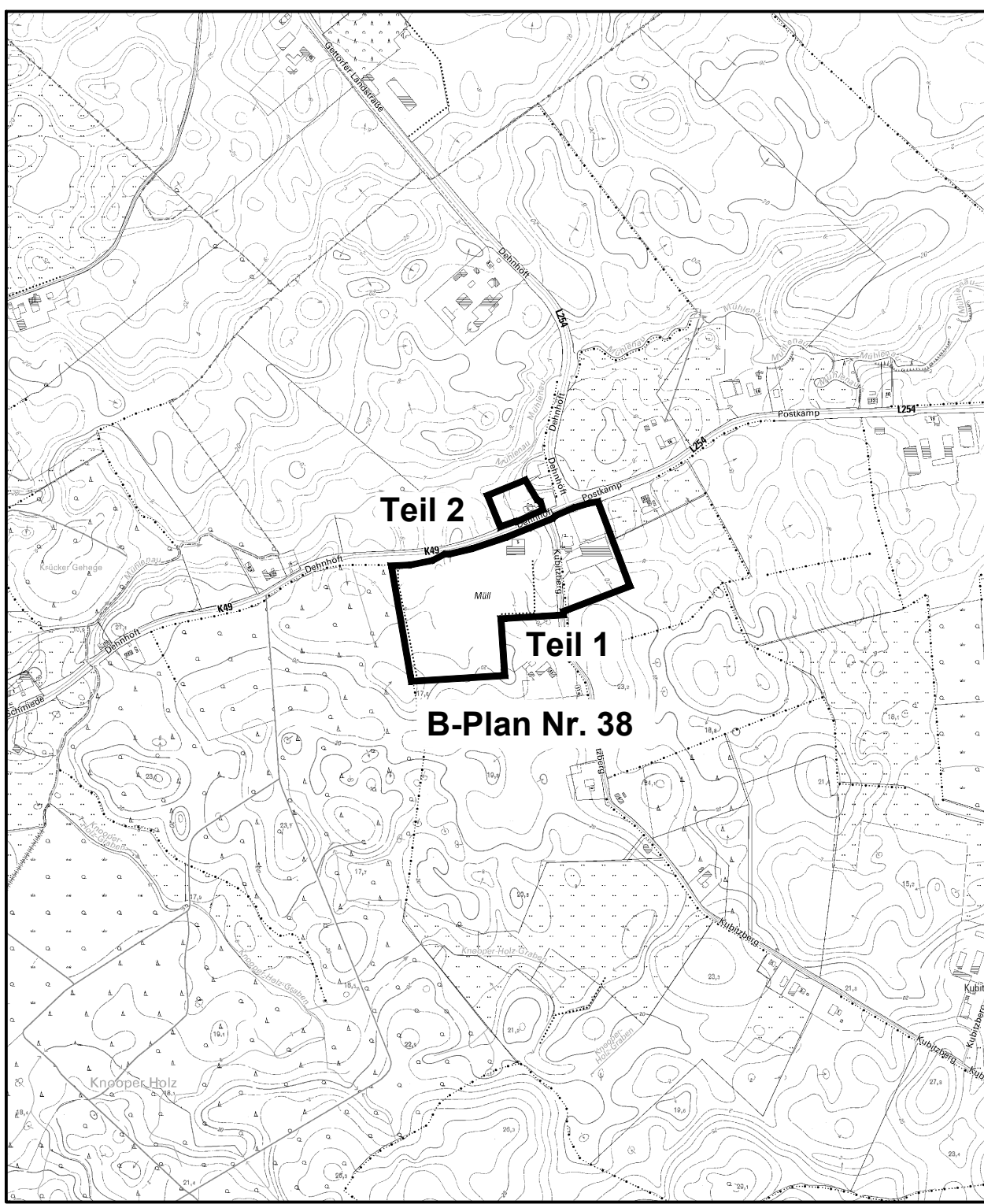
## ZEICHENERKLÄRUNG

PLANZEICHEN	ERLÄUTERUNGEN	RECHTSGRUNDLAGEN
	GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DES BEBAUUNGSPLANS	§ 9 Abs. 7 BauGB
	ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG, z.B. VON BAUGELBIETEN, ODER ABGRENZUNG DES MAGES DER NUTZUNG INNERHALB EINES BAUGELBIETES	§ 16 Abs. 5 BauNVO
SO -BK-	SONSTIGES SONDERGEBIET "ABFALLWIRTSCHAFTSBETRIEB" MIT DER ZWECKBESTIMMUNG "BIOTOMPOSTIERUNG"	§ 11 BauNVO
SO -WfM-	SONSTIGES SONDERGEBIET "ABFALLWIRTSCHAFTSBETRIEB" MIT DER ZWECKBESTIMMUNG "WERKSTATT FÜR BEHINDERTE MENSCHEN"	§ 11 BauNVO
SO -BGA-	SONSTIGES SONDERGEBIET "ABFALLWIRTSCHAFTSBETRIEB" MIT DER ZWECKBESTIMMUNG "BIOTOMPOSTIERUNG"	§ 11 BauNVO
SO -BKV-	SONSTIGES SONDERGEBIET "ABFALLWIRTSCHAFTSBETRIEB" MIT DER ZWECKBESTIMMUNG "BIOTOMPOSTIERUNG"	§ 11 BauNVO
SO -RH-	SONSTIGES SONDERGEBIET "ABFALLWIRTSCHAFTSBETRIEB" MIT DER ZWECKBESTIMMUNG "RECYCLINGHOF"	§ 11 BauNVO
SO -WfM-W-	SONSTIGES SONDERGEBIET "ABFALLWIRTSCHAFTSBETRIEB" MIT DER ZWECKBESTIMMUNG "WERKSTATT FÜR BEHINDERTE MENSCHEN-WOHNHEIM"	§ 11 BauNVO
GR 350 m²	MAXIMALE GRÖSSE DER ÜBERBAUBAREN GRUNDFLÄCHE	§ 16+17 BauNVO
TH 5,5 m	MAXIMALE TRAUFGHÖHE IN METERN ÜBER DER HÖHE DES ERDGESCHOSSFERTIGFUSSBODENS	§ 16+18 BauNVO
GH 6,5 m	MAXIMALE GEBÄUDEHÖHE IN METERN ÜBER DER HÖHE DES ERDGESCHOSSFERTIGFUSSBODENS	§ 16+18 BauNVO
o	OFFENE BAUWEISE	§ 22 BauNVO
	NUR EINZELHAUSER ZULÄSSIG	§ 22 BauNVO
a	ABWEICHENDE BAUWEISE	§ 22 BauNVO
	BAUGRENZE	§ 23 BauNVO
	STRASSENVERKEHRSFLÄCHE	§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB
	STRASSENBEGRÄNZUNGSLINIE	§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB
	EINFART	§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB
	STRASSENBEGLITGRÜN	§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB
PG	PRIVATE GRÜNFLÄCHEN	§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB
	WASSERFLÄCHEN UND FLÄCHEN FÜR DIE WASSERWIRTSCHAFT, DEN HOCHWASSERSCHUTZ UND DIE REGELUNG DES WASSERABFLUSSES - REGENRÜCKHALTEBECKEN -	§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB
	WASSERFLÄCHEN UND FLÄCHEN FÜR DIE WASSERWIRTSCHAFT, DEN HOCHWASSERSCHUTZ UND DIE REGELUNG DES WASSERABFLUSSES - SCHMUTZWASSER -	§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB
	UMGRENZUNG VON FLÄCHEN FÜR MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT	§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB
	UMGRENZUNG VON FLÄCHEN ZUM ANPFLANZEN VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN	§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB
	UMGRENZUNG VON FLÄCHEN MIT BINDUNGEN FÜR BEPFLANZUNGEN UND FÜR DIE ERHALTUNG VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN SOWIE VON GEWÄSSERN	§ 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB
	ERHALTEN VON BÄUMEN	§ 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB
	KNICKSCHUTZSTREIFEN MIT MASSANGABE	§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB
	WALDBESTAND MIT MASSANGABE	§ 24 LWaldG
	BEGRÄNZUNG DER ANBAUVERBOTSZONE MIT MASSANGABE	§ 29 StrWG
	IL DARSTELLUNGEN (OHNE NORMCHARAKTER)	
	VORHANDENES GEBÄUDE	
	VORHANDENE FLURSTÜCKSGRENZE	
	FLURSTÜCKSNUMMER	
	MASSANGABEN IN METERN	
1	BEZEICHNUNG DER TEILGEBIETE	

## VERFAHRENSVERMERKE

1. Aufgeleitet aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 11. Dezember 2013. Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Abdruck im amtlichen Bekanntmachungsblatt "Altenholzer Nachrichten" vom ..... erfolgt.		
2. Die vollständige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB wurde am 11. Juni 2014 durchgeführt.		
3. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die von der Planung berührt sein können, wurden gemäß § 4 Abs. 1 i. V. m. § 3 Abs. 1 BauGB am 13. März 2014 unterrichtet und zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.		
4. Die Gemeindevertretung hat am 18. Juni 2014 den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 38 mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.		
5. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 38, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit vom 21. Juli 2014 bis einschließlich 21. August 2014 während der Dienststunden nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausliegen. Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden können, am ..... durch Abdruck im amtlichen Bekanntmachungsblatt "Altenholzer Nachrichten" ortsüblich bekannt gemacht.		
6. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die von der Planung berührt sein können, wurden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 04. Juli 2014 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.		
Altenholz, den	Siegelabdruck	Bürgermeister
7. Der katastermäßige Bestand am ..... sowie die geometrischen Festlegungen der neuen städtebaulichen Planung werden als richtig bescheinigt.		
Kiel, den	Siegelabdruck	Öffentl. best. Verm.-Ing.
8. Die Gemeindevertretung hat die Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange am 24. September 2014 und am 10. Dezember 2014 geprüft. Das Ergebnis wurde mitgeteilt.		
9. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 38 wurde nach der öffentlichen Auslegung (Vermerk Nr. 5) geändert. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 38, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit vom 05. Oktober 2014 bis einschließlich 20. Oktober 2014 während der Dienststunden nach § 4a Abs. 3 BauGB erneut öffentlich ausliegen. Die öffentliche Auslegung wurde mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden können, am ..... durch Abdruck im amtlichen Bekanntmachungsblatt "Altenholzer Nachrichten" ortsüblich bekannt gemacht.		
10. Die Gemeindevertretung hat den Bebauungsplan Nr. 38, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), am 10. Dezember 2014 als Satzung beschlossen und die Begründung durch Beschluss gebilligt.		
Altenholz, den	Siegelabdruck	Bürgermeister
11. Die Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgefertigt und ist bekannt zu machen.		
Altenholz, den	Siegelabdruck	Bürgermeister
12. Der Beschluss des Bebauungsplanes Nr. 38 durch die Gemeindevertretung und die Stelle, bei der der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung auf Dauer während der Sprechstunden von allen Interessierten eingesehen werden kann und die über den Inhalt Auskunft erteilt, sind am ..... ortsüblich bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Möglichkeit, eine Verteilung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Auslegung einschließlich der sich ergebenden Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) sowie auf die Möglichkeit, Entschädigungsansprüche geltend zu machen und das Erlöschen dieser Ansprüche (§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Auf die Rechtswirkungen des § 4 Abs. 3 GO wurde ebenfalls hingewiesen. Die Satzung ist mithin am ..... in Kraft getreten.		
Altenholz, den	Siegelabdruck	Bürgermeister

## LAGEPLAN



## BEBAUUNGSPLAN NR. 38 DER GEMEINDE ALTENHOLZ

JÄNICKE + BLANK  
ARCHITEKTURBÜRO FÜR  
STADT- UND ORTSPLANUNG  
BLÜCHERPLATZ 9 a  
24105 K I E L  
Tel. 0431/5709190 Fax 5709199  
e-mail: info@janickeundblank.de